

14. Ein man mach sinen sone dries ut thien, de in sinen brode*) is, umbe allir hande undait, up den heiligen selve sevede.
15. Ein man mach sin verdiende lon behalden vif schillinge uppen heiligen. Wil avir de herre dat vulbrenge up den heiligen, dat he yme vergulden hebbe, selve dridde, he is nair yme to untgane wan iene to behaldene.
16. Wil ein man den anderen**) schuldegen umbe win oder umbe anderen dranc, des untgeit he ime also umbe ander gelt.
17. It ne mach ingein wert sinnen gast vertwgen umbe güt, dat he in sine gewere gebraht hevet; mer sprict de wert den gaist an umbe gelt, des untgait he ime also recht is.
18. Sprict ein gast den anderen ane umbe gelt mit getwge, iene untgait ime als recht is.
19. Düt en man den anderen hüssoke unde schrid he in dat geruhte an unde volget he ime in der verschen dait unde brinet ine vor gerichte, unde hevet he des sine schreiman selve sevede unde mach he de noit bewisen, it gait ime an den hals.

Zum landsassiatu plenus.¹⁾

Von

Sugo Böhlan.

§ 1.

Mit diesem Namen wird im Allgemeinen ein, über die consequente Anwendung von forum und lex rei sitae hinausgehendes Verhältnis solcher Forenfen zur Staatsgewalt bezeichnet, welche im Inlande Grundstücke, insbesondere Rittergüter besitzen. Die Abnormität des Verhältnisses kann mehr oder minder weit gehen. In Sachsen z. B. und Mecklenburg gelten derartige Ausländer als Inländer und Unterthanen,

*) In der Handschrift ist das o mit einem v überschrieben.

**) Im Original: anden.

¹⁾ Literaturnachweise bei Wetzel Civilproceß (2) § 40 Nr. 15 ff. SS. 433 ff. Dazu I. F. Rhetius Commentarius in jus feudale commune. 1673 pp. 78. 127 seqq. C. H. Horn Jurisprudentia feudalis Long.-Tent. c. XIII §§ 3--6. [ed. Ch. Hannack 1741 pp. 273 seqq.] Roth und von Meibom Kirchliches Privatrecht I 1858 SS. 132 f. R. 2. Roth bayrisches Civilrecht I. 1871. S. 178. Heffter le droit international de l'Europe. (3) 1873 pp. 124 s. Sohm die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung. I 1871 SS. 304 ff. — Speciell mecklenburgische Literatur s. in den Noten zu §§ 3. 4 des Textes.

während in Baiern und Kurheffen nur ein *forum generale* für sie begründet wird.

Der Ursprung des, so oder so gestalteten Rechtsinstituts steht nicht fest. Heffter nennt dasselbe „eine vertrocknete Reliquie des Lehnswesens“, „restes du régime féodal“. Roth und Meibom laßen im Gegentheil den vollen Landsassiat „auf einem alten deutschen Rechtsfaze beruhen.“ Die Frage kann ihrer Natur nach nur von particular-rechtsge8chichtlichen Untersuchungen ihre Beantwortung erwarten. Einen Beitrag zu solchen Untersuchungen beabsichtigen diese, den Landsassiat me8lenburgischer Rittergutsbesitzer betreffenden Zeilen zu liefern. Es sei gestattet, einige allgemeine Bemerkungen vor auszuschicken.

§ 2.

Nach den Untersuchungen Roth's und Sohm's darf als erwiesen gelten, daß nach fränkischem Reichsrecht der Grundbesitz ebensowol ein *forum generale*, als Mitgliedschaft innerhalb des politischen, der Reichsverfassung organisch eingegliederten Diöcesan-, Graffschafts- u. Verbandes wirkte, in welchem das besessene Grundstück belegen war. Ließe sich nun an und für sich wol denken, daß dieser altfränkische Rechtsfaz mit manchem andern in das deutsche Landrecht, von da in das Territorialrecht übergegangen sei und hier den *landsassiatu8 plenus* gestaltet habe, so stehen dieser Annahme doch entscheidende Bedenken entgegen.

Zunächst der Sachsenspiegel. Das Hantgemal der Schöffenbarfreien²⁾ ist schon hier der einzige Rest des alten Rechtsfazes. Davon aber, daß ein, in Sachsen angesessener Baier innerhalb Sachsens als Sachse gegolten und ein *forum generale* gehabt habe, weiß Eike nichts. Er hebt im Gegentheil die Bedeutung von *forum* und *lex rei sitae* hervor.³⁾

Sodann mußte so die Entwicklung des Ritterthums und des Lehnswesens, wie die Herrschaft der Fehde der Fortdauer des fränkischen Rechts auf diesem Punkte hinderlich sein. Als die Fehdegenossenschaft und die Fehdegefolgschaft —, das der

²⁾ Epp. I 51 § 4. III 26 § 2; 29. Homeyer s. v. hantgemal.

³⁾ Stobbe in Bekker und Muther's Jahrbuch I 1857 SS. 436 ff. VI 1863 SS. 38 ff. 48 ff.

Minne und des Rechts eines Andern gewaltig sein⁴⁾, — die weitaus wirksamsten Mittel des Rechtsschutzes geworden waren, mußte das alte Gerichtsstandsrecht aus dem Rechtsbewußtsein, weil aus der Uebung mehr und mehr verschwinden. Und das Lehnswesen war mit dem alten Rechtsfaze geradezu unvereinbar.

Denn wenn der Standesgenosß vom Genossen Lehn nahm, so mochte er sich die Erniedrigung seines Heerführers⁵⁾ wol, die Einfügung in den, sich enger und enger schließenden lehns herrlichen Territorialverband aber gewiß nicht gefallen lassen.⁶⁾ Und außerhalb solcher, immerhin nicht seltener Fälle versuchten bekanntlich auch die nicht reichsunmittelbaren Vasallen vielfach, sich ihren Landesherrn gegenüber in ähnlicher Art unabhängig zu stellen, wie diese sich ihrem kaiserlichen Lehnsherrn gegenüber unabhängig gestellt hatten. Sie legten Werth darauf, nur Vasallen und nicht Unterthanen zu sein. „Lehnsmann kein Unterthan.“ Wie dieser Satz durch die, der Theorie nach zufällige Verbindung von Landes- und Lehnsherrlichkeit bewährt zu sein schien,⁷⁾ so fanden insbesondere die, auswärts domicilirenden Vasallen in diesem Streben an dem römisch-canonicalen Gerichtsstandssystem eine, auf der Hand liegende Unterstützung.

Ist hiernach der Gedanke an eine unmittelbare und ununterbrochene Fortdauer des altfränkischen Satzes nicht wol festzuhalten, so geben die erhobenen Bedenken doch zugleich einen Fingerzeig für eine andere und anscheinend zutreffendere Erklärung des landsassatus plenus. Nicht das Lehnswesen, auch nicht die Lehnsherrlichkeit als solche, sondern die Landeshoheit hatte ein Interesse, durch Anerkennung einer Unterthänigkeit der landesherrlichen Vasallen ihre Consolidation zu fördern. Sie drang mit ihren desfallsigen Bestrebungen nicht überall und nicht

⁴⁾ Homeyer zwei akademische Abhandlungen [Abh. d. Akad. d. W. zu Berlin 1866] 1867. SS. 29 ff. Böhlan Medl. Landrecht I 59 N. 24. Vgl. auch noch MUB. VI n°. 4075.

⁵⁾ Sfp. I 3 § 2.

⁶⁾ Rhetius pp. 127 seqq. Herbert Pernice Summum principum Germanicorum imperium an possit et quatenus possit nexui feudali subjectum esse. [Hall. gefr. Preisschrift.] 1855. pp. 6—8.

⁷⁾ Bei einem feudum privatum konnte natürlich von Unterthänigkeit des Vasallen nicht die Rede sein. Vgl. auch IPO. V § 42, wo die sola qualitas feudalalis und das territorii jus streng geschieden werden. — In Mecklenburg gibt es bekanntlich nur feuda provincialia publica.

überall in gleichem Maaße durch. Oft gelang es ihr nur, den alten Gerichtsstand wieder zur Anerkennung zu bringen. Oft aber mußten die Vasallen der Landesherrschaft nicht bloß als Vasallen den Fideleitätseid, sondern außerdem auch den Homagialeid leisten. Dadurch wurde auch der auswärts domicilirende Vasall Unterthan seiner Landes-Lehnsherrschaft. Mit Umwandlung der Lehen in Allodien gieng dann der so entstandene Rechtsatz vom Lehnrecht auch ins Landrecht über. Damit war die Landeshoheit in besonderem Grade consolidirt; in solchen territoria clausa galt anstatt des: „Lehensmann kein Unterthan“ das: „Quicquid est in territorio, est etiam de territorio.“

Wo so zufolge einer Reaction der Landeshoheit gegen den Feudalismus der „alte deutsche Rechtsatz“ als *landsassiatu8 plenus* wieder lebendig geworden war, da blieb das Verhältniß der reichsunmittelbaren Vasallen eines Landesherrn als Anomalie zurück. Man fand sich mit derselben so oder so, aber alle Mal in inconsequenter, der Anomalie des Verhältnisses entsprechender Weise ab.⁸⁾

§ 3.

Auch Mecklenburg ist in diese allgemeine Entwicklung mit hineingezogen worden. Eine Particularität der Entwicklung für dieses Land besteht inzwischen darin, daß die Vasallen zu Unterthanen geworden sind, ohne daß bis auf diesen Tag jemals für sie eine rechtliche Verpflichtung zur Leistung des Unterthaneneides bestanden hätte.⁹⁾

An Veranlassung zur Ausbildung des *landsassiatu8 plenus* fehlte es in Mecklenburg schon während des M. A. nicht. Lüneburg, Pommern, die Mark, auch Holstein waren nicht so eng gegen Mecklenburg abgeschlossen, daß nicht der Adel aller dieser Länder seine Söhne zu Ritter- und Vasallen-Dienst herüber und hinüber entsandt hätte.¹⁰⁾ Schon im 12. Jahrhundert hatten die Ahnherrn der Familie von Blücher das gleichnamige, im Lande Boizenburg belegene Gut von den Grafen von Schwerin zu Lehen, obgleich sie nach wie vor als Ministerialen am Lüne-

⁸⁾ Rhetius l. c. [oben N. 6.]

⁹⁾ Roth Meckl. Lehenrecht. 1858. § 18 bei N. 14. SS. 49 ff.

¹⁰⁾ Vgl. das Personenregister des Meckl. Urkb.'s z. B. unter Meding, Melbeck, Neuenkirchen, Osten, Nieben zc.

burgischen Hofe lebten.¹¹⁾ Ende des 13. Jahrhunderts sehen wir wiederholt Lübecker Bürger mecklenburgische Lehen erwerben; bei etwaiger Fehde mit Lübeck, so wird ihnen versprochen, sollten sie ihre Lehen ruhig besitzen und genießen dürfen.¹²⁾ Fremde Ritter, welche sich in die Fehdegefolgschaft der Herzöge begaben, bedangen sich Land aus¹³⁾, und es wird ihnen oft genug zur Lösung solches Versprechens ein Lehen gegeben worden sein.

Eine Spur des *landsassiat* *plenus* findet sich in allen diesen Fällen nicht. Die Blücher sehen wir gegen ihre Lehnsherrn mit ihrem Landesherrn zu Felde liegen.¹⁴⁾ Die Lübecker Bürger leisteten für die ihnen als solchen gegebene Exemption eine Unterthanenpflicht nicht.¹⁴⁾ Die Fehdegenossen stunden neben ihrem Lehn noch in einem Vertragsverhältnisse zu den Herzögen; daß sie aber Unterthanen gewesen wären, dafür spricht nichts. Die allgemeinen Verhältnisse der mecklenburgischen Lande aber, wie sie bis zum 15. Jahrhundert lagen,¹⁵⁾ lassen einen vollen Landsassiat fast als undenkbar erscheinen. „Inwaner und landseden unnes landes“ werden die hinterfäßigen Leute, die Mannen aber nicht genannt.^{15a)}

Die Consolidirung der Landeshoheit im 15. Jahrhundert nun aber mit den verschiedenen, seit d. J. 1418 erfolgenden Huldigungen und mit der ihr parallel gehenden Einung und Festigung der Landstände¹⁶⁾ hätte an und für sich wol die Vasallen, insbesondere auch die auswärts domicilirenden Vasallen unter die Landeshoheit beugen können. Denn die Vasallen hatten ja als solche Landstandschafft, und daß ein Nicht-Staatsangehöriger Landstandschafft üben solle, ist nach richtigen staatsrechtlichen Principien eine Ungereimtheit. In der That wurde die Erbhuldigung auch von „Prälaten, Herrn, Mannen und

¹¹⁾ F. Wigger Geschichte der Familie von Blücher. I. 1870. SS. 22 f.

¹²⁾ MüB. III. n°. 2328. 2390.

¹³⁾ Ebdj. VII n°. 4975.

¹⁴⁾ Auch Gerichtsstandsirrungen, obgleich sie sonst während der Fehdezeit nicht fehlen [vgl. ebdj. n°. 5008], knüpfen sich anscheinend an dieses Verhältniß nicht an.

¹⁵⁾ Böhlaus Meckl. Landrecht. I. 50 ff.

^{15a)} G. A. Th. Laspeyres die Rechte des eingebornen Meckl. Adels. 1844. S. 39.

¹⁶⁾ Hegel Geschichte der mecklenb. Landstände bis z. J. 1555. 1856 SS. 71 ff. Böhlaus a. a. O. SS. 53. 98 ff.

Städten“ geleistet, woraus die Unterthänigkeit der Vasallen ohne Weiteres könnte gefolgert werden wollen.

Allein, auf den Landtagen zu erscheinen, war Lehns- pflicht, wesentlicher Theil der, jedem Vasallen neben der Heerfahrt obliegenden Hoffsahrt.¹⁷⁾ Und wie wenig die Vasallen sich auf den Landtagen ursprünglich als Unterthanen betrachteten, geht aus den Verweigerungen der landeslehns herrlich begehrten Waffenhülfe¹⁸⁾ hervor. So viel sodann die Huldigungen be- trifft, so ist eine Verpflichtung der Vasallen als solcher, Huldi- gung zu leisten, nicht zu erweisen, das Gegentheil vielmehr höchst wahrscheinlich. Denn als am 6. December 1632 einige Vasallen die, nach Beendigung der Zwischenherrschaft Wallenstein's geforderte Huldigung nicht geleistet hatten, wurden sie zur Nach- holung derselben nicht, sondern nur zur Lehnserneuerung, u. A. also auch zur Ableistung des vasallagium angehalten bzw. wegen Unterlassung der Renovation gestraft.¹⁹⁾ Die Vasallen über-

¹⁷⁾ Roth Medf. Lehnrecht. 97 f. Nr. 5—7.

¹⁸⁾ Hegel a. a. O. S. 111. Böhlau a. a. O. S. 100 Nr. 11.

¹⁹⁾ Landtag zu Malchin 26. März. 1633. Gem. gravv. der Ritter und Landschaft sub 29 [Spalding Medf. öfftl. Landesverhandl. II 221]: „Wenn Ritter und Landschaft beige kommen, als wenn diejenigen von „Adel, welche den Huldigungs Eid“ [bei Spalding steht hier ein ausweislich des Folgenden offenbar ungehöriges „nicht“] „abgelegt, zur Empfangung „der Lehen angehalten werden sollten, so hätte sie, keine Erneuerung dabei „einzuführen, sondern es bei dem alten Herkommen zu lassen keinen mit „neuen Eiden zu belegen, oder mit Unkosten oder neuen Lehenbriefen zu „beschweren, und da einer oder der andere in diesem Kriege den Muth- „zettel ex errore justo tempore nicht gesucht, demselben solches nicht zu „Präjudiz oder Schaden gereichen zu lassen“. Landesherrl. Resolution hierauf [ebd. S. 248 f.]: „Sie, Herzog Adolf Friederich wären nicht „gemeint, jemand wider Recht und altes Herkommen mit neuen Eides- „pflichten, ungewöhnlichen Unkosten und Lehnstagen zu beschweren, Sie „versätzen sich aber dagegen wieder, daß niemand, der sich für Ihren „Lehnsmann erkannte, und bei den, diese nächsten Jahre her sich zugetragen „Fällen die Lehenpflicht noch nicht geleistet, seiner Schuldigkeit sich zu „entbrechen begehren, sondern auf Erfordern vermöge der gemeinen Lehen- „rechte und durchgehenden Observanz im ganzen Römischen Reich selbige „der Gebühr nach gehorsamlich ablegen würde; Sie, Herzog Hans Albrecht, „aber wollten diejenigen, die den Huldigungs Eid abgelegt, mit fernerer „Eidesleistung verschonen, gegen diejenigen aber, welche solchen Huldigungs- „eid nicht geleistet, sich auch nicht entschuldiget, noch den Muthzettel zu „rechter Zeit gesucht hätten, sollte vermöge der Lehenrechte procediret werden,

haupt, die einheimischen sowol, als die außerhalb Landes domicilirenden, haben in Mecklenburg so sehr ihre bloße Lehns- pflichtigkeit betont, daß noch Klüver in einer, mit Unrecht bisweilen für den vollen Landsassiat citirten Stelle²⁰⁾ erst noch eine Ausführung für angemessen hält über den Unterschied zwischen den Reichsvasallen, die allerdings nicht Unterthanen des Kaisers seien, und den mecklenburgischen²¹⁾ landesherrlichen Vasallen, welche ganz ebenso herzogliche subditi wären, wie die, nicht mit Lehnen ausgestatteten Landeseinwohner. Wo so selbst in Beziehung auf die einheimischen Vasallen die Unterthanen- schaft noch Gegenstand eines, wie sehr auch ungerechtfertigten Zweifels war, da war der volle Landsassiat sicherlich nicht ein in altem Herkommen feststehender Rechtsfact.

Jene Standes Zweifel wurden aber natürlich je länger, je mehr von der fortschreitenden staatlichen Entwicklung beseitigt. Und wie man bislang, zwischen fremden und einheimischen Vasallen nicht unterschieden, sondern beide als vasalli den subjecti entgegengesetzt hatte, so begann man nun, auch die auswärts domicilirenden Vasallen als Unterthanen zu betrachten. Die augenfällige Incongruenz mit den bekannten Grundsätzen über lex und forum rei sitae deckte man durch Berufung auf den Rechtszustand anderer deutscher Länder, namentlich der benachbarten Brandenburg und Pommern, in welchen die, angeblich schon an und für sich natürliche und gerechte Institution des landsassiatu plenius in anerkannter Wirksamkeit stand. Daß in diesen Ländern anders, als in Mecklenburg die Vasallen zur Ableistung nicht nur des vasallagium, sondern auch des homagium verpflichtet waren, glaubte man, nicht urgiren zu sollen. Die Landstandschafft der, außerhalb Mecklenburgs staatsangehörigen Vasallen war in der That unter den neuern staatsrechtlichen Verhältnissen ohne den landsassiatu plenius weder zu erklären, noch aufrecht zu erhalten. Mit den Modificationen der Lehngüter trat dann für die Forensen, welche allodiale Ritter-

„worüber sich niemand zu beschweren hätte“. S. unten bei Nr. 26 ff. und über die Differenz zwischen den Herzögen Hans Heinrich Klüver Beschreibung des Herzogthums Mecklenburg I (2) 1737 SS. 533 ff.

²⁰⁾ Klüver a. a. O. S. 534.

²¹⁾ Versteht sich: einheimischen; denn von auswärts domicilirenden redet Klüver hier überhaupt nicht.

güter in Mecklenburg erwerben, der Homagialeid geradezu an die Stelle des Lehnseides [vgl. unten N. 51], während Erwerber von Lehnsgütern nach, wie vor nur den letzteren leisteten. Der Anfang des 18. Jahrhunderts darf als die Zeit bezeichnet werden, in welcher diese Construction des vollen Landsassiaten von der Theorie und Praxis des mecklenburgischen Rechts unternommen worden ist. Die Gesetzgebung hat sich des Resultates solcher Construction zuerst im Mangel'schen Lehnrechtssentwurfe, also i. J. 1757 bemächtigt. Sie erkannte das forum landsassiatu8 in weitgehender Weise i. J. 1818^{21a)} an. Förmlich functionirt hat sie den landsassiatu8 plenu8 aber in vollem Umfange erst i. J. 1853.²²⁾ Den Beweis dieser Behauptungen erbringen folgende Thatfachen.

§ 4.

Die althergebrachte Formel des Lehnseides²³⁾ gedenkt der Unterthänigkeit mit keinem Worte, unterscheidet sich vielmehr von der, gleichfalls seit Jahrhunderten feststehenden Formel des Huldigungseides²⁴⁾ in ganz normaler Weise. Auch der, bereits berührte²⁵⁾ Vorgang der Jahre 1632 bis 1634 beweist für das Bestehen eines vollen Landsassiaten in jener Zeit nichts.

Es hatten nämlich die Herzöge Adolf Friederich und Johann Albrecht sich nach Vertreibung Wallensteins von Neuem huldigen lassen. Damit nicht zufrieden, forderten sie nun aber in Consequenz des Lehnrechts wegen eingetretenes Thronfalle²⁶⁾ von sämmtlichen Vasallen außerdem noch die „Empfahung der Lehen“ d. h. die Lehnserneuerung. Hiergegen

^{21a)} Alte OAO-Ordnung §§ 18—20, jetzt Anlage zur Nebenbo. zur rev. OAO. 20. Juli 1840 §§ 18—20. [Maabe MGS. II 219. 269.] Auch im Verhältnis der einheimischen Landesgerichtsprengel unter sich ist hiernach ein forum landsassiatu8 begründet.

²²⁾ Vo. betr.: den Erwerb und Verlust der Eigenschaft eines Mecklenb. Unterthans 1. Juni 1853 §. 1 sub V [Maabe MGS. V 241].

²³⁾ Fusanus Lehnrechtssentwurf 12 [Gerdes Nützliche Sammlung S. 39]. Ständische Noten zu Gothmann's Lehnrechtssentw. III 9 [Tornov de feudis Meckl. I 1708 SS. 83 seq.] Bärensprung'sche GS. II n°. 170 SS. 491 f. Mangel's Lehnrechtssentw. 8 SS. 60 f.

²⁴⁾ Parchim'sche GS. III 28. 613. Mangel's Lehnrechtssentwurf 8 S. 62.

²⁵⁾ Oben bei N. 19.

²⁶⁾ Auch Wallenstein hatte sich bekanntlich huldigen lassen.

remonstrirten Ritter- und Landschaft auf dem malchiner Landtage des Jahres 1633 unter Berufung auf die geleistete Huldigung und auf das Landesherkommen. Eid und Untothen, so baten sie, möchten denjenigen Vasallen erpart bleiben, welche gehuldigt hätten. Herzog Johann Albrecht, nicht aber auch Herzog Johann Friederich gieng hierauf ein: nur die, welche die Huldigung nicht geleistet hätten, sollten renoviren.²⁷⁾ Stände betrachteten dieses Zugeständnis wie ein reversirtes Landesgrundgesetz,²⁸⁾ während die Landesherrschaft es nur als einmalige Concession gelten ließ.²⁹⁾ Mag aber dieser oder jenen hierin beizustimmen sein: daß der Lehenseid zum Unterthanen mache, haben die Stände durch diese Verhandlungen nicht, sondern nur das anerkannt, daß durch das homagium, sofern dieses abgeleistet, als durch das majus das vasallagium als das minus

²⁷⁾ Oben R. 19. Ritter und Landschaft begnügten sich bei der fürstlichen Resolution nicht, sondern replicirten [Spalding II 251]: „Weil „aus der geforderten Lehnseidleistung nur Mißverstand und unnöthige „Weitläufigkeit zu besorgen sei, und Herzog Hans Albrecht sich dessen „in der Fürstlichen Resolution, dafür sie unterthänig Dank sagte, begeben „hätten, so bäte sie, daß Herzog Adolf Friederich ihr gleichmäßige „Erhörung widerfahren lassen möchten“. Allein Herzog Adolf Friederich blieb dieser Replik und späteren Wiederholungen der ständischen Bitte ungeachtet namentlich auch auf dem folgenden sternberger Landtage v. J. 1634 bei seiner Entscheidung einfach stehen [Spalding II 255. 265. 267. 273. 296. 297. 298 f. 331. 333].

²⁸⁾ Ständische Noten zu Götthmann's Lehnrechtssentwurf III 3. [Tornov I. c. 82 seq.]: „... Lehenseid . . ., wobei zu erinnern und „zu verbitten, daß dieselbe, die den Huldigungseid wirklich abgestattet, mit „fernerer Eidesleistung mögen verschonet und die unnöthige Häufung der „Eide möge unterlassen werden. Und obzwar die Rechtsgelehrten inter „homagium et juramentum fidelitatis subtiliter distinguiren, so hat doch „solchem Ritter- und Landschaft als hiesigen Landes altem Herkommen zu- „wider Anno 1633 und 34 auf den malchinschen und sternbergischen Land- „tagen widersprochen. Ja, es haben . . . Herzog Hans Albrecht auf „solchem malchin'schen Landtage 1633 der Ritter- und Landschaft die gnädigste „Resolution ertheilet, daß diejenigen, welche den Huldigungseid abgelegt, „mit fernerer Eidesleistung sollten verschonet bleiben, welches von der Ritter- „und Landschaft auch acceptirt und im folgenden sternbergischen Landtage „Anno 1634 wiederholet ist“.

²⁹⁾ So namentlich Joh. v. Klein Tractatus feudalis de praecipuis differentiis juris feudalis communis a Mecklenburgico. 1724 [vgl. über das nur hds. vorhandene Werk Roth Medl. Lehnrecht 16 ff.] Vol. I diss. 7 cap. 2 § 19.

überflüssig werde.³⁰⁾ Die Bitte der Stände kann viel eher mit dem, in der Geschichte des mecklenburgischen Lehenrechtes ja so vielfältig hervortretenden Streben der Vasallen, die Lehen durch Abstreifung der feudalen Schranken des dominium utile den Allodien zu nähern, als mit einem landsassiatu8 plenue in Verbindung gesetzt werden.

Auch die älteren Lehenrechtssentwürfe wissen von letzterem nichts, der des Mevius hat geradezu einen f. g. landsassiatu8 minus plenue.³¹⁾ Die fünfte der von Herzog Ulrich i. J. 1581 gestellten Fragen³²⁾ aber gehört dem Gebiete der f. g.

³⁰⁾ Vgl. auch Ge. Engelbrecht [resp. Andr. de Bernstorff] diss. jur. de singularibus feudor. Meckl. juribus. Helmstad. 1713 Sect. II § 8 pp. 32 seq.: Neque obstat, quod nexus subjectionis et vasallagii valde inter se differant, et prior afficiat personam, posterior vero sit saltem qualitas patrimonii, ita ut, licet obligatio vasalli quaedam servitia personalia requiratur, non tamen revera sunt personales, sed reales praestationes, cum ex re et ob rem fiant, adeoque alia sit ratio iuramenti fidelitatis, alia subjectionis. Haec enim omnia eo saltem pertinent, ne a nexu vasallagii et iuramento fidelitatis ad subjectionem et homagium statim inferatur; non vero quasi e contrario is ipse, qui aetiori vinculo . . . homagii se jam tum adstrinxit, ad iuramentum quoque fidelitatis necessario teneatur.

³¹⁾ Mevius Landrechtssentwurf II 1 § 1 [Westphalen Monum. inedita I 1739 col. 705]: „Unbewegliche Güter, so in Unsern Landen . . . Fremde erwerben, . . . bleiben unter des Landes Recht, Gericht und Gewohnheiten. Demnach sein die Einwohner derentwegen in diesem Lande „zu Recht zu stehen, was bei dergleichen Gütern im Lande Meckl. Lehen und im „Gebrauch zu folgen, nach denenselben solche zu erwerben, zu haben und „zu genießen, darin zu succediren schuldig, sich aber dawider mit denen „in loco domicilii habenden Rechten, Privilegien und Freiheiten zu schützen „nicht befugt“. Husanus' und Cothmann's Projecte enthalten nichts Bezügliches.

³²⁾ Bei Verdes a. a. O. S. 80: „Wenn ein mecklenburgischer Lehenmann seine häusliche Wohnung außerhalb Mecklenburgs in andern Fürstenthümen hat und ohne männliche Leibeserben verstirbt, ob die Töchter, „so außerhalb Mecklenburgs geboren, des mecklenburgischen Privilegii „sollen zu gebrauchen haben?“ Ueber die Fragen Roth Meckl. Lehenr. S. 7 Nr. 20. 21. Böhlau Landrecht I 137 Nr. 14. Der hier gegen Kämmerer und Roth festgehaltene Zusammenhang mit Herzog Ulrichs, durch Husanus u. N. abgefaßtem Landrechtssentwurf wird durch den archivalischen Wortlaut der Landtagsproposition v. J. 1583 [ebd. Nr. 17] bestätigt: „E. F. Gn. hätten viel darauf gewandt, auch derwegen vorm „Ihar etliche fürnehme Herrn der Landschaft darzu verschrieben.“

Statutencollision³³⁾ an. Und wenn allerdings aus der Antwort der Vasallen³⁴⁾ hervorgeht, daß auch in Beziehung auf das Erbjungfernrecht damals zwischen Forensen und einheimischen Vasallen ein Unterschied nicht gemacht wurde, so beweist doch nach dem Vorausgeführten³⁵⁾ dieser Umstand für die damalige Geltung eines *landsassiatu plenius* nicht das Mindeste. — Daß endlich auch die, bisweilen in dieser Hinsicht allegirte Stelle der güstrower Canzleiordnung³⁶⁾ völlig impertinent ist, braucht nur constatirt zu werden.

Erst seit dem 18. Jahrhundert begegnen wir wirklich und zwar zunächst in der Doctrin dem vollen *Landsassiate*. Tornow³⁷⁾ behauptet unter Berufung auf Rhetius und Mevius, daß, wie in Pommern, Kurachsen und Kurbrandenburg, so auch in Mecklenburg der Unterthanennegus mit dem Lehnsnegus der Vasallen verbunden sei. Inzwischen führen Rhetius und Mevius³⁸⁾

³³⁾ Die Frage war einfach, ob das Erbjungfernrecht sich nach der *lex rei sitae* oder nach der *lex domicilii testatoris* zu richten habe? Eine ganz analoge Frage behandelt E. Cothmann Resp. I 21 i. c. Melch. Danckwarth Secretarii ducalis a^o. 1594. Daß Herzog Ulrich die Frage nach Ausdehnung oder Nichtausdehnung des *landsassiatu plenius* auf die Familie des Forensen entschieden wissen wollte, ist also anzunehmen nicht geboten und, da es im mecklenburgischen Recht bis dahin an allen Spuren jenes Rechtsinstituts fehlt, nicht gestattet.

³⁴⁾ Bei Gerdes a. a. O. SS. 84 f: „Daß jegund Fälle vorhanden, „da Töchter, deren Eltern in andern Landen gewohnet, allhier Lehngüter „besitzen, davon E. F. Gnaden gute Wissenschaft tragen. Sousten wissen „wir in diesem Fall von Landesgebrauch nichts zu berichten.“

³⁵⁾ Oben im Text nach R. 19.

³⁶⁾ Güstrower Canzlei Ordnung v. J. 1669. II 11 § 8 [Paraph. SS. I 221]: „Ob jemand von den streitenden Theilen außerhalb Landes sich „aufhielte oder sein *domicilium* hätte, sollen die *insinuationes* auf dessen „Eltern, im Lande belegen, geschehen und gültig sein. Dafern aber ein „oder ander im Lande nicht gezeuget, auch nicht einheimisch, . . .“ Unter den „streitenden Theilen“ ist alle Mal doch nicht bloß der Beklagte zu verstehen; die Stelle handelt also vom *forum* nicht, und ebendeshalb kann sie für die Existenz eines [forum] *landsassiatu* nichts beweisen.

³⁷⁾ I. c. pp. 326 seqq.

³⁸⁾ Rhetius I. c. pp. 78. 127 seqq. nennt unter den Ländern des vollen *Landsassiatu* *Bavaria*, *Marchia Brandenburgensis*, *Pommerania* et, si recte memini, *Hassia* et *quidam tractus ducum Saxoniae*, *Palatinatus inferior* et — *pleraeque Germaniae ditiones*! Mevius Decis. II 325 [15. October 1654] und in der von Tornow allegirten Stelle redet lediglich von Pommern.

Mecklenburg unter den Ländern des vollen Landsassiaten in der That ebenfowenig an, als — beiläufig bemerkt — die roſtocker Facultät dieß i. J. 1680 ³⁹⁾ gethan hatte.

Nach Tornow tritt die Autorität des Kanzlers von Klein, nicht ohne gegen entgegenſtehende Behauptungen Weſembecſ's und Ge. Engelbrecht's ⁴⁰⁾ zu polemifiren, für den vollen Landsaffiat ein. ⁴¹⁾ Er beruft ſich außer auf Tornow auch ſeiner Seits auf Gewährsmänner, welche einen landsassiatu8 plenus für Mecklenburg mit ſeiner Ehle behaupten ⁴²⁾ Er führt außerdem die Verſchuldbarkeit der mecklenburgiſchen Lehen als Argument für ſeine Anſicht an. ⁴³⁾ Er beruft ſich, — was das Wichtigſte ſein möchte —, auf die quotidiana praxis Megapolensis. ⁴⁴⁾ Daß in Mecklenburg der Lehenſeid nicht, wie in

³⁹⁾ Mantzel Sel. Jur. Rostoch. I 6 qu. 7 pp. 44 seqq.

⁴⁰⁾ Ge. Engelbrecht hatte a. a. O. [oben N. 30] Note d. Wesenbec. Vol. I Cons. 1 n^o. 57 folgender Maßen allegirt: ubi toto genere distinctos esse subditos a vasallis ostendit, idque in specie exemplo Ducatus Mecklenburgici illustrat, quod sc. nobilis Marchicus, domicilium in Marchia habens, licet feuda in Megapoli possideat, pro subdito tamen Megapolitano non sit habendus.

⁴¹⁾ l. c. [oben N. 29] § 13 nota f: . . . et in illis tamen praecipue locis, in quibus vasalli simul sunt directi domini subditi uti in Marchia, Saxonia, Pomerania et Megapoli . . . § 14 nota d: . . . recte notante Dn. Engelbrechto in diss. de aliq. sing. feud. Meckl. . . . Cui tamen et ab ipso allegato Wesembecio . . . ideo accedere non possum, cum per supradicta in Megapoli omnes vasalli etiam sunt subditi . . .

⁴²⁾ Rämlich auf Rhetius, Mevius, Horn [f. oben N. 1], Frid. Müller Pract. civ. Marchiae Resol. 86 n. 18, Stryk Examen jur. feud. c. 13 q. 15 i. f. und Wintziger ad. h. l.

⁴³⁾ Der lands. pl. bezw. das forum lands. ſei für Mecklenburg um ſo mehr zu ſtatuiren, quo certius est, feuda Megapolensia etiam debitis chirographariis esse obnoxia hocque casu, quo conveniendus nobilis Marchicus sed vasallus Megapolensis praeter bona feudalia nil honorum in Megapoli possidet, debitum hoc nonfeudale etiam absque praevia allodii excussione ex feudo Megapolitano praestandum sit, creditorque non duntaxat in feudi fructus, sed hisce haud sufficientibus in ipsum etiam feudum immittere hocque pro crediti quantitate ipsi addici possit . . . Cf. Carpzov. L. 6. Resp. 115 in simili ratione Saxoniae, ubi itidem vasalli simul sunt subditi . . . § 14 nota d l. c. [gleich nach den oben N. 40 excerptirten Worten.]

⁴⁴⁾ Cui etiam praxis quotidiana Megapolensis notorie congruit: quousque enim dominus territorialis aliquem cogere invitum potest in suo territorio ad parendum, eousque etiam competens ipse est iudex . . . [ebd.]

dem übrigen Gebiete des vollen Landsassiates mit dem Homagialeide verbunden werde, gibt er zu,⁴⁵⁾ folgert hieraus aber nur, daß die Ableistung des letzteren von ersterem nicht befreie.⁴⁶⁾

Die von Klein behauptete Praxis wird durch ein Urteil des wismar'schen Tribunals aus der Zeit vor 1748⁴⁷⁾ wenigstens in Betreff des forum landsassiatum in willkommener Weise bestätigt. Aber noch J. A. Rudloff's Landrechtsentwurf⁴⁸⁾ führt unter den Mitgliedern der „Territorialsocietät“ Landsassen im Sinne des landsassiatum plenum ausdrücklich nicht mit an, wie denn auch der, oft berufene § 359 UGB Erbvergleichs den letzteren keineswegs indicirt.⁴⁹⁾

Erst Mantzel's, mit dem Landrechtsentwurfe Rudloff's allerdings gleichzeitiger⁵⁰⁾ Lehnrechtsentwurf⁵¹⁾ erwähnt die

⁴⁵⁾ I. c. § 14: . . . doctrina Ictorum, quod a nexu vasallagii ad ipsam subjectionem et a directo dominio ad superioritatem territorialem non sit inferendum, . . . obtinet . . . hisce . . . in locis, in quibus . . . fidelitatis vasalliticae iuramenta strictius concipiuntur¹⁾ . . . Dazu nota I: uti in Megapoli . . .

⁴⁶⁾ I. c. §§ 17—19.

⁴⁷⁾ H. H. ab Engelbrecht Obs. sel. for. 1748 obs. 143 pp. 687 seqq.

⁴⁸⁾ II § 5: „ . . . Mitglied der Territorial-Societät . . . Und darunter „werden hier verstanden Alle, die in unsern Landen wohnhaft sein oder „in selbigen liegende Gründe besitzen; wiewohl diese letzteren nur in Ansehung solcher ihrer liegenden Gründe und was ihnen anhängig. Die „in jener Eigenschaft nicht stehen, heißen Fremde . . .“

⁴⁹⁾ „Toboch soll durch diese besondere Begnadigung“ d. h. gewisse, den Rittergutsbesitzern zugestandene Titel und Curialien „dem Bande der an„gebornen Unterthänigkeit und der landsässigen Unterwürfigkeit, womit die „Ritterschaft Uns und Unsern Nachkommen verknüpft ist und bleibt, nichts „vergeben oder entzogen sein.“ Daß „landsässig“ hier technisch zu nehmen, ist mindestens nicht nothwendig; es kann auch den Gegensatz von „reichsunmittelbar“ ausdrücken und die vorhergehende, etwas nach Leibeigenschaft klingende „angeborene Unterthänigkeit“ mildern sollen. — Gleichfalls nicht technisch, sondern für „angesehen sein“ ist das Wort „Landsassiat“ im Militärgefeßb. 10. November 1810 Art. 150 [Raabe II 606] gebraucht, welche Stelle Trottsche Medl. Civ. Proc. (3) I 1866 § 36 S. 239 für das forum landsassiatum citirt.

⁵⁰⁾ Der Entwurf Mantzel's ist i. J. 1757, der Rudloff's successive 1757—1775 vorgelegt. Söhlau a. a. O. S. 216 und Zeitschr. f. Rechtsgesch. X. 1871. S. 316.

⁵¹⁾ Mantzel's Lehnrechtsentwurf [Roth Lehrn. 10 ff.] enthält im

Unterthänigkeit aller Vasallen bestimmt, aber in einer Art, die darauf hinzudeuten scheint, daß dieser Punkt immer noch nicht ganz außer Streit war. Möller⁵²⁾ und Hagemeister⁵³⁾ recipirten diese, von ersterem auf die 1633er Vorgänge, von letzterem aber auf den LGGEV.⁵⁴⁾ und auf Klüwer⁵⁵⁾ gestützte Ansicht, und an Hagemeister schloß sich das Land- und Hofgericht ebenso, wie von Kampß⁵⁶⁾ an. Der landsassiatu plenus war seitdem so allgemein anerkannt, daß Eschenbach⁵⁷⁾, mit der eigenthümlichen Provenienz desselben offenbar unbekannt, an sich aber völlig consequent folgernd, annahm, der Vasall müsse nach mecklenburgischem Rechte, ehe er zum Lehnseid zugelassen werde, den Homagialeid ableisten. Als Eschenbach sich später⁵⁸⁾ von der thatsächlichen Unrichtigkeit dieser Annahme überzeugt hatte, wurde er — an sich wiederum völlig consequent — an der Existenz des vollen Landsassiaten in Mecklen-

Titel 8 §§. 49 ff. ein Lehnbriefs- und dann nach der Bemerkung, daß die Modifications-Briefe nicht immer correct ausgefertigt würden, ein Modifications-Formular, in welchem u. A. „die Prästirung des gewöhnlichen homagial und „Huldigungs-Eydes, so oft sich Fälle und Veränderungen begeben“, vorgesehen wird. §§. 60 ff. folgt die Lehnseids- und dann nach der Bemerkung: „Die zum Homagial-Eyde verbundene schweren folgender maassen“ die Homagialeids-Formel. §. 66 beginnt der „von den Pflichten und Obliegenheiten der Lehnteute oder Vasallen“ handelnde Titel 9 mit fgg. Worten: „Gleich Wir Unser getreuen Ritterschaft allezeit gnädiger Herr sein werden, also wird dieselbe sich wohl bescheiden, daß sie „Uns mit Unterthänigkeit und Lehnspflicht zugleich verhaftet sei, und nach „diesem Ausdrucke hat dieselbe sich aller unrichtigen und aus fremden und „übel angewandten Lehnechte gezogenen Meinungen gänzlich zu enthalten.“

⁵²⁾ Möller primae lineae usus practici distinctionum feudaliu.

(²) 1775 [vgl. Roth Mechnr. 18 f.] XIII 1 p. 324. und die Note 12 Balcke's zu III 13.

⁵³⁾ Hagemeister Versuch einer Einleitung in das Meckl. Staatsrecht. 1793. § 41 bei N. 4 §. 61.

⁵⁴⁾ Oben N. 49.

⁵⁵⁾ Oben Nr. 20. 21.

⁵⁶⁾ Hof- und Landgerichts-Urteil vom 7. September 1799 bei v. Kampß Meckl. Rechtsprüche I. 1800 n°. 73 §§. 164 f.

⁵⁷⁾ Beilagen zu den Mosk. wöch. Nachrichten und Anzeigen 1818 S. 129.

⁵⁸⁾ Ebdj. S. 160 und ebdj. 1819 S. 132.

burg seiner Seits irre.⁵⁹⁾ Die Praxis aber fuhr fort, das anomale Institut anzuerkennen.⁶⁰⁾

Die Anwendung desselben auf reichsunmittelbare Herrn, die in Mecklenburg Rittergüter erwarben, ist auch hier unterblieben. Das anderweit veranlaßte Verbot des Erwerbs mecklenburgischer Rittergüter durch *potentiores*⁶¹⁾ beseitigte die desfalligen Schwierigkeiten im Wesentlichen genügend.

§ 5.

Als Resultat dieser Erörterungen ergibt sich dieß. Der mecklenburgische *landsassiatu plenius* ist weder aus einem alt-deutschen Rechtsfakt, noch als Consequenz des Lehnswesens entstanden. Vielmehr ist er als, durch die neuere, antifeudale staatsrechtliche Entwicklung bedingte, nothwendige Folge aus der vassallitischen Landstandshaft hervorgegangen. Dieses Folgeverhältniß ist zuerst von der feudalistischen Theorie und Praxis erkannt und aus dem Rechte anderer Länder wissenschaftlich gesichert, dann auch von der Gesetzgebung sanctionirt worden. Als redendes Zeugnis der eigenthümlichen particularrechtlichen Entwicklung ist die Begründung des vollen *Landassiates* durch einfachen Lehnseid der Beachtung werth.

Seitdem diese Seiten geschrieben, ist übrigens der volle *Landassiat* in Mecklenburg aufgehoben worden. [Vgl. Böhlaus in Hildebrand's Jahrb. XIX. bei Nr. 140. 157.]

⁵⁹⁾ Eschenbach in seinen 1819/20 verfaßten hds. Zusätzen und Bemerkungen zu Hagemeister [Böhlaus Mandr. I 142 N. 42] S. 73: „Ein vollkommener *Landassiat* im gewöhnlichen Sinne des Wortes findet sich in Mecklenburg nicht: wenngleich Möller . . . dadurch, daß er Mecklenburg und Sachsen gleichstellt, und von Kampf . . . durch Bezug auf Hagemeister dem beizupflichten scheint. Der Landesvergleich § 359 sagt nur, daß durch die veränderten Curialien dem Bande der angeborenen Unterthänigkeit und der landassiatigen Unterwürfigkeit nichts entzogen werden soll. Tornow ist wenigstens unrichtig allegirt. Klüber . . . sagt nur, daß alle Vasallen auch Unterthanen sind.“ Durch Klarheit sind diese Bemerkungen freilich nicht ausgezeichnet.

⁶⁰⁾ Vgl. die Erkenntnisse der Justiz-Canzlei Güstrow und des Obergerichts resp. 20. October 1838 und 7. Februar 1839 i. S. Bergmann c. von Mostke bei Trotsche a. a. O. SS. 239 f. N. 6 und in extenso von Kämmerer's Hand in Eschenbach's Zusätzen zu Hagemeister a. a. O.

⁶¹⁾ RGGV. §§ 471. 472. Decl. Vo. 2. Mai 1842 [Raabe IV 908]. Roth Meckl. Lehnrecht S. 38 N. 8. Vgl. Spalding a. a. O. I 392. Die Ausschließung beruhte auf der Besorgniß, daß thatsächlich die Noßdienste vermindert und das Contributionswesen verwickelt werden möchte.